

Regionales

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Sachsen 1924 bis 1933¹

Carsten Voigt

Während vor allem in den sechziger und siebziger Jahren eine Reihe von Studien zu den politischen Kampfbünden erschienen sind,² ohne dass deren Bedeutung für das politische System der Weimarer Republik hinreichend gewürdigt wurde, wurde es danach recht still um diese Verbände. Erst neuere Arbeiten, die sozial- und kulturgeschichtliche Fragestellungen in den Mittelpunkt gerückt haben, schenken ihnen wieder die gebührende Aufmerksamkeit.³ Der Aufsatz soll im Folgenden ein besseres Verständnis für die Organisationsform des Kampfbundes vermitteln und das Reichsbanner als Vorfeldorganisation der SPD innerhalb des sozialistischen Milieus verorten.

Zum Wesen der politischen Kampfbünde in der Weimarer Republik

Die Kampfbünde werden oft als paramilitärische Verbände bezeichnet. Versteht man unter paramilitärisch gleichmilitärisch/Militärersatz, so wird die Funktion dieser Organisationen unzulässig nur auf den militärischen Aspekt reduziert oder

1 Der folgende Aufsatz beruht auf der Dissertation „Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen (1924-1933)“. Die Arbeit wird voraussichtlich 2009 erscheinen.

2 Hier seien nur die Darstellungen zum Reichsbanner genannt: Siehe Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966; Helga Gotschlich: Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin (Ost) 1987; Dies.: Die Politische Differenzierung des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ in der Zeit vom September 1930 bis März 1933, Berlin (Ost) 1978 (Diss.); Heinz Helmbold: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, Jena 1970 (Diss.).

3 Siehe Peter Fritzsche: Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany, New York 1990; Dirk Schumann: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001; Sven Reichardt; Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristum und in der SA, Köln 2002; Werner Hinze: Schalmeienklänge im Fackelschein. Ein Beitrag zur Kriegerkultur der Zwischenkriegszeit, Hamburg 2002; Benjamin Ziemann: Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenbund der sozialistischen Arbeiterschaft, in: Historische Zeitschrift, 1998, H. 3, S.357-399.

gar gänzlich verkannt. Die weiter gefasste Bedeutung des Begriffes als vormilitärisch, die mitunter auch noch die Übernahme noch so marginaler Aspekte vom Militär erfasst, ist hingegen analytisch wenig sinnvoll. Unter der Bezeichnung „paramilitärischer Verband“ sollten jene nichtstaatlichen oder halbstaatlichen Organisationen zusammengefasst werden, die auf den militärischen Einsatz ausgerichtet sind und demzufolge über militärische Bewaffnung verfügen. In der Weimarer Republik waren die paramilitärischen Verbände der Rechten eng mit der Reichswehr verzahnt, so wie etwa die verschiedensten Freikorps oder Zeitfreiwilligenverbände. Die radikale Linke hatte z. B. mit der Roten Ruhrarmee 1920 einen paramilitärischen Verband.

Zunächst waren die Kampfbünde eine Organisationsform der politischen Rechten, die auch unter dem Begriff Wehrverbände zusammengefasst wurden. Sie entstanden zum Teil aus paramilitärischen Verbänden, wie etwa der Jungdeutsche Orden; die Grenzen sind also durchaus fließend. Der größte und bedeutendste Wehrverband war zweifellos bis Ende der zwanziger Jahre der 1919 gegründete Stahlhelm. Ihre endgültige Organisationsform erhielten die Kampfbünde aber erst mit der Stabilisierung der Weimarer Republik nach der großen Herbstkrise von 1923. Dem Staat gelang es seit 1924 wieder sein Gewaltmonopol beinahe vollständig durchzusetzen. Dadurch verloren die paramilitärischen Verbände ihre wichtigste Existenzbedingung, denn sie existieren stets dort, wo das staatliche Gewaltmonopol nur sehr unvollständig durchgesetzt werden kann. Die Mitglieder der paramilitärischen Verbände strömten 1924 in die Wehrverbände, die sich aus der militärischen Arena verabschiedeten, d. h. alle Pläne zum Staatsumsturz oder zur militärischen Niederschlagung der Arbeiterparteien fallen ließen. Sie wendeten sich nun hauptsächlich der Politik zu. Besonders deutlich wird dies anhand der Parole des Stahlhelms: „Hinein in den Staat“.

Alle Kampfbünde dienten einer politischen Richtung als Propaganda- und Agitationskolonnen. Sie waren deswegen alle mehr oder weniger an politische Parteien angebunden. Im Unterschied zu den paramilitärischen Verbänden besaßen sie keine oder nur eine rudimentäre militärische Bewaffnung. Die Organisationsform der Kampfbünde stellte eine Mischung aus dem demokratischen Vereinsprinzip und militärischen Strukturen dar. Zu ersterem gehörten etwa Mitgliederversammlungen, Mitgliederbeiträge, Wahlelemente und politische oder kulturelle Veranstaltungen. Zu letzterem zählten vor allem eine wenigstens ansatzweise dem militärischen Vorbild entnommene hierarchische Durchgliederung, die auf Befehl und Gehorsam beruhte, militärische Übungen sowie als äußeres Zeichen Uniformen. Die Gewichtung der vereinsmäßigen gegenüber den paramilitärischen Elementen divergierte zwischen den einzelnen Kampfbünden und konnte sich auch im Laufe der Zeit verschieben. Die beiden Pole bildeten das Reichsbanner, als stärker am demokratischen Vereinsprinzip orientierter Verband und die SA, bei der die paramilitärische Seite viel mehr betont wurde.

Ein weiteres gemeinsames Merkmal aller Kampfbünde bildete die Berufung und Pflege soldatischer Tugenden. Darunter sind etwa Kameradschaft, Treue, Gehorsam, Disziplin und die Kampfbereitschaft für ein bestimmtes politisches Ziel

zu verstehen. Wenn auch die Kampfbünde keine paramilitärischen Verbände waren, die militärische Operationen durchführen konnten, so verstanden sich diese Organisationen als militärische Reserve für zukünftige Kämpfe. Die Mitglieder pflegten das Selbstbild des politischen Soldaten, was seinen Ausdruck in Bezeichnungen wie „Soldaten der Republik“ (Reichsbanner), „Soldaten der Revolution“ (RFB) oder „Soldaten der Nation“ (Stahlhelm) fand.

Die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde im Februar 1924 als ein Zusammenschluss von Mitgliedern der drei Weimarer Koalitionsparteien in Magdeburg gegründet.⁴ Von Anfang an dominierten die Sozialdemokraten eindeutig. Die Gründung des Reichsbanners war eine Reaktion auf die Herbstkrise von 1923. Der Verband sollte die Republik im Verein mit den republikanischen Behörden gegen Umsturzversuche schützen. Es erwies sich schnell, dass die Republik nicht mehr akut gefährdet war. Die Republikaner wollten den öffentlichen Aufmärschen der Wehrverbände entgegentreten, die Anfang 1924 starke Mitgliederzuwächse zu verzeichnen hatten und das Straßenbild beherrschten. In den meisten Regionen wurde der republikanische Kampfbund zwischen Mai und August 1924 ins Leben gerufen.⁵

In Sachsen traf das Reichsbanner bei seiner Gründung auf besondere Schwierigkeiten. Die politischen Verhältnisse waren durch eine scharfe Trennung zwischen Arbeiterbewegung und bürgerlichem Lager gekennzeichnet, die schon vor dem Ersten Weltkrieg in Sachsen bestand. Das Fehlen des Zentrums als ausgleichender Faktor machte sich im protestantischen Sachsen stark bemerkbar. Zu den Besonderheiten der sächsischen Parteienlandschaft gehörte, dass die DDP überwiegend von ehemaligen Nationalliberalen vornehmlich als bürgerliche Sammlungspartei gegen eine in Sachsen drohende sozialistische Mehrheit gegründet wurde.⁶ Deshalb stand die DDP in Sachsen in Relation zur Reichsorganisation der Linksliberalen sehr weit rechts. Konnte sich die DVP zunächst nicht entfalten, gelang es ihr 1920, die Führungsrolle im bürgerlichen Lager Sachsens durch eine scharf antisozialdemokratische Politik zu übernehmen.

4 Siehe Rohe, Reichsbanner, S.44-70; Gotschlich, Kampf, S.14 f.

5 Siehe Jacob Toury: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Stiefkind der Republik. Zur Gründungsgeschichte der republikanischen Wehren, in: Ders.: Deutschlands Stiefkinder. Ausgewählte Aufsätze zur deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte, Gerlingen 1997, S.11-92 hier S.88 f.

6 Siehe Michael Rudloff: Von den Nationalliberalen zur Deutschen Volkspartei. Der Umbruch im sächsischen Parteiensystem im Spiegel der Korrespondenz des Kriebsteiner Unternehmers Dr. Konrad Niethammer, in: Manfred Hettling/Uwe Schirmer/Susanne Schötz (Hrsg.): Figuren und Strukturen. Historische Essays für Hartmut Zwahr zum 65. Geburtstag, München 2002, S.699-735; Richard Seyfert: Sachsen, in: Anton Erkelenz (Hrsg.): Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, Berlin 1928, S.189-196, hier S.189f.

Seit Herbst 1920 regierte in Sachsen eine sozialistische Minderheitsregierung unter Tolerierung der KPD.⁷ Anfang Oktober 1923 trat die KPD in die sächsische Regierung ein, um diese als Sprungbrett für einen Aufstand zu benutzen. Dies bildete den Anlass zur Reichsexekution gegen die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung.⁸ Die Zeit der sozialistischen Regierung und ihre gewaltsame Absetzung verschärften den Gegensatz zwischen sozialistischer Arbeiterbewegung und bürgerlichem Lager erheblich.

Nach dem kurzen Zwischenspiel der sozialdemokratischen Regierung Fellisch⁹ bildete Anfang 1924 eine Mehrheit der sächsischen Landtagsfraktion der SPD eine Koalitionsregierung mit der DDP und der DVP unter dem Ministerpräsidenten Max Heldt (SPD). Die große Mehrheit der sächsischen SPD, durch die Reichsexekution verbittert, opponierte dagegen heftig. Dies mündete schließlich in den über zwei Jahre andauernden „Sachsenkonflikt“ der SPD, der mit der Spaltung der sächsischen SPD endete. Die Mehrheit der Landtagsfraktion gründete im Mai 1926 die Alte Sozialdemokratische Partei (ASP), die zunächst auf Sachsen beschränkt blieb, aber seit 1928 versuchte reichsweit aktiv zu werden.¹⁰ Vor diesem Hintergrund musste es eine Organisation, wie das auf dem Bündnis der Weimarer Koalitionsparteien beruhende Reichsbanner, denkbar schwer haben. Trotzdem stellte sich die überwiegende Mehrheit der sächsischen SPD-Funktionäre hinter die Reichsbanner-Gründung, da sie unbedingt den Vormarsch der Rechtsverbände stoppen wollten. Allerdings strebte ein Teil der sich im Reichsbanner engagierenden sozialdemokratischen Funktionäre die Umbildung in eine sozialdemokratische Schutzwehr an. Viele führende Reichsbanner-Funktionäre kamen aus dem Republikanischen Reichsbund, einer wichtigen Vorläuferorganisation des Reichsbanners.¹¹ Sie hielten strikt an der Überparteilich-

7 Siehe Karsten Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871-1923, Weimar 1995, S.232-326.

8 Siehe Carsten Voigt, Michael Rudloff: Die Reichsexekution gegen Sachsen 1923 und die Grenzen des Föderalismus, in: Michael Richter/Thomas Schaarschmidt/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert, Dresden 2007, S.53-72.

9 Siehe Mike Schmeitzner: Alfred Fellisch 1884-1973. Eine politische Biographie, Köln 2000, S.245-327.

10 Siehe Stephan Voßen: Der „Sachsenkonflikt“, in: Helga Grebing/Hans Mommsen/Karsten Rudolph (Hrsg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S.263-272; Christopher Hausmann: Die „Alte Sozialdemokratische Partei“ 1926-1933. Ein gescheitertes Experiment zwischen den parteipolitischen Fronten, in: Ebenda, S.273-294; Benjamin Lapp: A ‚National‘ Socialism. The Old Socialist Party of Saxony. 1926-1932, in: Journal of Contemporary History, 1995, S.291-309; Fritz Kriegerherdt/Günther Kirsch: Die Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens (ASPS) 1926-1932, in: Sächsische Heimatblätter, 1999, H. 5, S.308-316.

11 Siehe Toury, Reichsbanner, S.16-18.

keit des republikanischen Kampfbundes fest. Weithin unbekannt ist, dass in Sachsen auch die 1923 gebildeten Proletarischen Hundertschaften eine wichtige Wurzel für das Reichsbanner darstellten. Denn im Freistaat gab es starke sozialdemokratische Formationen, die teils eigenständig, teils zusammen mit den Kommunisten agierten.

Der Aufbau des Reichsbanners erfolgte seit Juli in Sachsen recht schnell. Wie in ganz Deutschland entsprachen die Gaue des republikanischen Kampfbundes den Bezirken der SPD. In Sachsen gab es vier Gaue: Westsachsen (Zwickau-Plauen), Chemnitz, Leipzig und Ostsachsen (Dresden-Bautzen). Am erfolgreichsten war der Aufbau in Ostsachsen, da sich hier auch die linken Sozialdemokraten in größerer Zahl am Reichsbanner aktiv beteiligten. So übernahm der ehemalige sächsische Kultusminister, Hermann Fleißner, den Vorsitz im Kreis Dresden.¹² Am schwierigsten gestaltete sich die Situation im Gau Zwickau, da der Bezirksvorsitzende der SPD, Max Seydewitz, einer der schärfsten Gegner des Reichsbanners war.

Das Reichsbanner und die Spaltung der sächsischen Sozialdemokratie

Trotzdem hatte das Reichsbanner zunächst die Unterstützung der sozialdemokratischen Presse. Das war in Sachsen sehr wichtig, denn es gab nur wenige bürgerlich-demokratische Zeitungen. Die große Mehrzahl der bürgerlichen Blätter hingegen ignorierte bestenfalls das Reichsbanner. Zumeist unterstützten sie den Stahlhelm. Doch sollte die Situation ausgerechnet mit der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1925 schwieriger werden. Reichsweit erhielt das Reichsbanner für seinen Einsatz bei der Wahlkampagne von den Funktionären der Weimarer Koalitionsparteien viel Anerkennung.¹³ In Sachsen hingegen entwickelte sich die Lage etwas anders. Hier opponierten große Teile der SPD gegen die Aufstellung des Zentrums politikern Wilhelm Marx als gemeinsamen Kandidaten der republikanischen Parteien im 2. Wahlgang. Die Mehrheit der führenden sächsischen Funktionäre war der Meinung, dass die SPD als stärkste demokratische Partei das Recht hätte, den Sammelkandidaten zu stellen. Zudem traf ein Katholik im protestantischen Sachsen ohnehin auf Misstrauen. Viele sächsische Sozialdemokraten wollten nach den Erfahrungen des Jahres 1923 keine Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien eingehen. Der Sachsenkonflikt wirkte auf diese Haltung nur noch bestärkend, denn die Koalition der Mehrheit der Landtagsfraktion mit den bürgerlichen Parteien wurde von engagierten Anhängern der SPD-Linken schlichtweg als Verrat betrachtet.

Teile der sächsischen SPD führten deswegen nur einen Anti-Hindenburg-Wahlkampf, traten also nicht offen für Marx ein. Die führenden Funktionäre des Reichsbanners, welche in ihrer Mehrzahl die Politik der SPD-Linken ablehnten,

12 Siehe Bericht über die Gründungsversammlung des Unterbezirks Groß-Dresden (später Kreis Dresden), 14.8.1924, in: Hauptstaatsarchiv Dresden, Staatskanzlei, Nr. 134, Bl.397.

13 Siehe Rohe, Reichsbanner, S.291f.; Gotschlich, Kampf, S.37f.

setzten sich hingegen stark für Marx ein. Die Wahlveranstaltungen des Reichsbanners wurden aus diesem Grund mancherorts, besonders aber im Bezirk Zwickau, nicht von der SPD unterstützt.¹⁴ Das Ergebnis von Marx war dann in Sachsen alles andere als positiv.¹⁵

Im Bezirk Zwickau druckten die beiden sozialdemokratischen Zeitungen in der Folge kaum noch Berichte über das Reichsbanner ab. Auch die „Leipziger Volkszeitung“ schränkte die Berichterstattung über den republikanischen Kampfbund merklich ein. Das Reichsbanner geriet immer mehr zwischen die Fronten des Sachsenkonfliktes. Mehrmals wurde Anhängern der Fraktionsmehrheit vorgeworfen, das Reichsbanner als Plattform für ihre Politik zu gebrauchen.¹⁶ Doch vollständig kam der Konflikt erst mit der Gründung der ASP im Mai 1926 zum Ausbruch. Besonders hoch schlugen die Wellen im Dresdner Raum, da hier das Zentrum der ASP lag. Prominente Funktionäre der ASP nahmen gerade in dieser Region auch wichtige Funktionen im Reichsbanner ein; so der ehemalige sächsische Ministerpräsident Wilhelm Buck als Gauvorsitzender. Der ehemalige SPD-Bezirkssekretär Karl Bethke gehörte ebenfalls dem Gauvorstand an. Von SPD-Mitgliedern wurden Forderungen gestellt, die ASP-Mitglieder aus dem Reichsbanner auszuschließen.¹⁷ Der Bundesvorstand des Reichsbanners, der mit der ASP sympathisierte und ohnehin nicht gut auf die sächsischen SPD-Linken zu sprechen war, erkannte die ASP aber als Republikanische Partei an,¹⁸ so dass eine Mitgliedschaft in der ASP nicht als Ausschlussgrund gelten konnte.

Auf der Jahresversammlung des Kreises Dresden kam es zu tumultartigen Auseinandersetzungen, die in einer Prügelei endeten.¹⁹ Funktionäre der ASP wurden von den Mitgliedern gezwungen, ihre Ämter niederzulegen. Am Ende des Jahres

14 Siehe für Leipzig Jesko Vogel: *Der sozialdemokratische Parteibeizirk Leipzig in der Weimarer Republik. Sachsens demokratische Tradition*, Hamburg 2006, S.425f.; für Zwickau Mathias Seidel: *Zehn Jahre Widerspruch. Max Seydewitz und die Zwickauer SPD 1921-1931*, Frankfurt a. M. 1994, S.99-105; für Dresden *Der Sachsenkonflikt. Zum Parteitag in Heidelberg*, hrsg. von der Fraktionsmehrheit des sächsischen Landtages, Dresden 1925, S.19f.

15 Die Republikanischen Kandidaten erhielten in Sachsen im 1. Wahlgang zusammen 47,3% der gültigen Stimmen, Marx im 2. Wahlgang nur noch 37,6%. Siehe Statistisches Jahrbuch Sachsens 1924-1926, S.461.

16 Siehe Chemnitzer Volksstimme, 22.5.1925; Leipziger Volkszeitung (LVZ), 23.5.1925.

17 Siehe LVZ, 10.7., 15.7. und 26.7.1926; Chemnitzer Volksstimme, 22.7.1926; Sächsisches Volksblatt, 27.7.1926; Reichsbanner, 1.8.1926; Dresdner Volkszeitung, 7.8.1926; Volksstaat, 28.7. und 13.8.1926.

18 Schreiben des Bundesvorstandes, abgedruckt in: Reichsbanner und sächsischer Parteienstreit, in: LVZ, 26.7.1926.

19 Siehe Monatsbericht November 1926 des sächsischen Ministeriums des Inneren, in: Staatsarchiv Bremen, Faz. 4,65, Bd. 1728. Bl.537; Dresdner Volkszeitung, 22.11.1926, Dresdner Anzeiger, 21.11. und 23.11.1926; Volksstaat, 20.11. und 25.11.1926.

1926 gaben auch Buck und Bethke auf und legten ihre Funktionen nieder. Nun wurden in der bürgerlichen Presse Mutmaßungen angestellt, dass von Dresden aus die sächsischen Sozialdemokraten den Versuch machen würden, die Überparteilichkeit im sächsischen Reichsbanner zu beseitigen und einen Parteischutz zu bilden. Doch obwohl mit Hermann Fleißner ein prominenter Vertreter der SPD-Linken den Gauvorsitz übernahm, hielt man in Ostsachsen an der Überparteilichkeit fest.²⁰ Auch in den Gauen Leipzig und Chemnitz gab es innerhalb des Reichsbanners Vorstöße gegen die ASP-Mitglieder, jedoch wurden diese von den Gauvorständen zurückgewiesen. Im Gau Westsachsen war dagegen der Einfluss der ASP im Reichsbanner so gering, dass es zu keinen größeren Konflikten kam.

Auseinandersetzungen um die Überparteilichkeit des Reichsbanners

Kaum hatten sich die Auseinandersetzungen um die ASP gelegt, wurden besonders im Gau Leipzig Vorstöße gegen die Überparteilichkeit des sächsischen Reichsbanners unternommen. Einige sozialdemokratische Funktionäre wollten nun endlich die Trennung von den bürgerlichen Parteien, wofür besonders Konflikte in der Reichspolitik sorgten. Als Anlass wurde die Einstellung eines hauptamtlichen Gausekretärs Anfang des Jahres 1927 genommen. Der Gauvorstand des Leipziger Reichsbanners wählte zunächst einen Kandidaten, der vom Bezirksvorstand der SPD gestützt wurde. Der Bundesvorstand des Reichsbanners, der die Wahl bestätigen musste, plädierte jedoch für Bruno Stephan, dem zunächst unterlegenen Kandidaten. Der Bezirksvorstand der Leipziger SPD misstraute jedoch Stephan, da dieser in der Vergangenheit auf der Seite des koalitionswilligen rechten Flügels gestanden hatte und auch kurz mit einem Beitritt zur ASP liebäugelte. Der Bundesvorsitzende Otto Hörsing wollte mit der Ernennung Stephans verhindern, dass das Leipziger Reichsbanner unter die Kontrolle der SPD kam. Nach der persönlichen Intervention von Hörsing stimmte der Gauvorstand für Stephan.²¹ Das alles war ein höchst ungewöhnlicher Vorgang. Obwohl das Reichsbanner eine sehr zentralistische Satzung hatte, arbeiteten in der Organisationspraxis die Regionalorganisationen analog der SPD höchst selbstständig. Der Bezirksvorstand der SPD veröffentlichte in der „Leipziger Volkszeitung“ eine Stellungnahme, in der behauptet wurde, der Reichsbannerbundesvorstand zwingt den Mitgliedern im Gau eine Führung auf, die diese nicht wollten.²² Doch bei den Mitgliedern traf Stephan durchaus auf Akzeptanz.²³

20 Siehe Lagebericht des sächsischen Ministeriums des Inneren, 22.1.1927, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), R 1507/1104e, Bl.12; Volksstaat, 20.1.1927.

21 Siehe LVZ, 28.1., 4.2., 7.2., 3.3.1927; Volksstaat, 8.2., 9.2.1927; Reichsbanner, Gaubeilage Leipzig (RB-GB), 19.2., 15.5.1927.

22 Siehe LVZ, 28.1.1927.

23 So wurde auf der Generalversammlung des Ortsvereins Leipzig nicht gegen die Anstellung Stephans protestiert. Siehe LVZ, 7.2.1927. Die Ortsgruppe Roßwein erklärte sich mit Stephan ausdrücklich solidarisch. Siehe RB-GB, 1.7.1927.

Die Auseinandersetzungen gingen aber noch weiter: Ende Februar/Anfang März 1927 lancierte die „Leipziger Volkszeitung“ mehrere Artikel, welche die Trennung des Reichsbanners vom Zentrum bzw. dessen Umwandlung in einen Parteischutz forderten.²⁴ Den Höhepunkt der Kampagne stellte eine von der Leipziger SPD abgehaltene Versammlung im Volkshaus mit dem Titel „Reichsbanner und Sozialdemokratie“ dar. Der Referent war der neue Gauvorsitzende von Ostsachsen, Hermann Fleißner, der ebenfalls die Trennung vom Zentrum, gleichzeitig aber auch mehr Engagement der Sozialdemokraten für das Reichsbanner forderte. Diskussionsteilnehmer vom linken Flügel gingen noch weiter und lehnten das Reichsbanner überhaupt ab. Der Jungsozialist Laumann meinte gar, es gebe für das Proletariat keine Republik zu verteidigen. Doch die sozialdemokratischen Reichsbannerfunktionäre verteidigten ihre Organisation energisch.²⁵ Als wenig später Otto Hörsing im Leipziger Volkshaus vor 1200 Reichsbannermitgliedern auftrat, war der Konflikt endgültig entschieden.²⁶ Der SPD-Linken gelang es nicht, den republikanischen Kampfbund umzugestalten. Ähnliches geschah auch in den Gauen Chemnitz und Westsachsen. Der Preis war allerdings bis 1929 eine relativ geringe Unterstützung durch die SPD, die sich auch in einer jahrelangen Mitgliederstagnation niederschlug.

Das Reichsbanner als Vorfeldorganisation der SPD

Obwohl offiziell überparteilich war das Reichsbanner in der Praxis doch eine sozialdemokratische Vorfeldorganisation.²⁷ Es stellte den Versammlungsschutz für die Partei, nahm vor allem an Veranstaltungen der SPD teil und umgekehrt partizipierten zumeist sozialdemokratische Anhänger an den Aktivitäten des Reichsbanners. In Sachsen dürften weit über 90 Prozent der Mitglieder freigewerkschaftlich organisierte Anhänger der SPD gewesen sein. In der Provinz bestand der Kampfbund zumeist ausschließlich aus Sozialdemokraten.²⁸ Da sich das Reichsbanner aber in erster Linie nicht als sozialistisch, sondern als republikanisch verstand, hatte es auf die Arbeiterbewegung eine spaltende Wirkung. Die sächsischen Arbeitersportvereine beispielsweise weigerten sich bis 1930 das Reichsbanner als proletarische Organisation und Bündnispartner anzuerken-

24 Siehe LVZ, 26.2., 28.2., 2.3.1927.

25 Siehe ebenda, 3.3.1927.

26 Siehe Neue Leipziger Zeitung, 30.3.1927; Volksstaat, 2.4.1927; RB-GB, 15.4.1927.

27 Siehe zum Begriff der Vorfeldorganisationen: Hartmann Wunderer: Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890-1933), Frankfurt a. M. 1980, S.11-13.

28 Über die parteimäßige Zusammensetzung liegen keine Zahlen vor, doch verschiedene Äußerungen machen die Kräfteverhältnisse deutlich. So waren auf den Gaugeneralversammlungen in der Regel nur ein oder zwei Mitglieder der DDP anwesend. In den in der Gaubeilage Leipzig des „Reichsbanners“ abgedruckten Berichten der Ortsgruppen wird immer wieder von „der Partei“ als der SPD gesprochen, während die DDP nur in den größeren Städten überhaupt Erwähnung findet.

nen.²⁹ In Zittau soll nach einem internen Bericht der KPD Anfang 1925 auf einer Generalversammlung der örtlichen Arbeiterturner sogar eine Entschließung angenommen worden sein, welche die Mitgliedschaft im Reichsbanner als unwürdig für einen Arbeitersportler bezeichnete.³⁰ Obwohl dies eine extreme Position darstellte, versuchten viele Arbeitersportvereine schon aus Rücksicht auf die kommunistischen Mitglieder Distanz zu wahren. Zudem war das Reichsbanner in der Provinz ein wichtiger Konkurrent um Mitglieder. Mitunter kam es deshalb vor, dass selbst sozialdemokratisch dominierte Sportvereine besser mit dem RFB auskamen. Einerseits war der RFB eine rein proletarische Organisation und andererseits warb er unter seinen Mitgliedern für die Arbeitersportvereine.³¹ Das Reichsbanner baute hingegen zunehmend eigene Sportabteilungen auf, um dort Wehrsport zu betreiben. Auch auf anderem Gebiet gab es Konflikte: So beschwerte sich in Nerchau, einer Kleinstadt in der Kreishauptmannschaft Leipzig, der Arbeitersportverein, das Reichsbanner würde Mitglieder von der Musikkapelle abwerben.³²

Das Reichsbanner durfte laut Satzungen nur allgemein für die republikanischen Parteien werben. Das war in Sachsen bei Wahlkämpfen besonders problematisch. Demgegenüber konnte die KPD den RFB voll und ganz als eigne Agitations- und Propagandatruppe einsetzen. SPD-Funktionäre verärgerte es, dass so viele sozialdemokratische Mitglieder durch ihre Aktivitäten für das Reichsbanner nicht der SPD bei den Wahlkampagnen zur Verfügung standen. Vor den Reichstagswahlen von 1928 wurden eigene republikanische Kundgebungen des Reichsbanners vom Leipziger SPD-Bezirksvorstand daher als „Unding“ bezeichnet.³³ Der Gauvorstand des Kampfbundes verzichtete auf selbstständige Kundgebungen.³⁴

Gerade in der Provinz war das Reichsbanner auf ein gutes Einvernehmen mit den Gewerkschaften, der SPD und den anderen Vorfeldorganisationen angewiesen, da diese das Mitgliederreservoir für den Kampfbund stellten und dieser auch auf die Infrastruktur der örtlichen Arbeiterbewegung angewiesen war. So stellte sich das Reichsbanner auch recht selbstverständlich für Veranstaltungen anderer Arbeiterorganisationen zur Verfügung. Die geschlossene Teilnahme am Maiumzug, die von der Bundesführung eigentlich untersagt war, kam häufiger vor. Auf die schmückenden Uniformen und die Kapelle des Reichsbanners wollten die Arbeiterorganisationen mancherorts nicht verzichten. Zumal die Anhänger der Sozialdemokratie außerhalb der Groß- und Mittelstädte in der Regel im Reichs-

29 Siehe Frank Heidenreich: Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie in Sachsen vor 1933, Weimar 1995, S.395.

30 Siehe SAPMO-BArch, RY 1/I 3/8/33, Bl.61.

31 Siehe Kämpfer, 25.1. u. 8.11.1927; Rote Front, Januar 1927, 1. Ausgabe.

32 Siehe RB-GB, 14.9.1929.

33 Siehe Mitteilungen des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Leipzig, 1.2.1928.

34 Siehe RB-GB, 15.4.1928.

banner ohnehin unter sich waren. Dadurch wurde das Reichsbanner von bürgerlicher Seite überwiegend als „marxistische“ Organisation wahrgenommen. Die Einweihung einer Fahne mit einer roten und einer schwarz-rot-goldenen Seite durch das Reichsbanner im Leipziger Vorort Zwenkau stellte einen Sonderfall dar, doch die dahinter stehende Haltung fand durchaus Verbreitung: Das Zwenkauer Reichsbanner wollte damit sowohl seiner Verbundenheit mit der Republik als auch mit der sozialistischen Arbeiterbewegung Ausdruck geben.³⁵

Trotz aller Konflikte wurde das Reichsbanner zumeist doch als Teil der sozialdemokratischen Bewegung akzeptiert. So stellte das Reichsbanner den Versammlungsschutz bei öffentlichen Veranstaltungen sozialdemokratischer Organisationen, um sie vor allem seit 1924/25 gegen kommunistische Störungen zu schützen, seit 1929 erwies er sich gegen die nationalsozialistischen Angriffe als unentbehrlich. Eine besondere Einbindungskraft besaß das Reichsbanner als Veteranenorganisation der sozialdemokratischen Weltkriegsteilnehmer. Der republikanische Kampfbund wollte sich der revanchistischen Kriegserinnerung der Rechtsverbände entgegenstellen.³⁶ Die Behauptung, das Reichsbanner sei dabei betont national aufgetreten,³⁷ erscheint fraglich. Die Ausrichtung des Verbandes hing im starken Maß von der jeweiligen regionalen SPD-Organisation ab. Insgesamt dominierte eine Kriegserinnerung, die auf Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern abzielte und vor den Schrecken des Weltkrieges warnte. In Sachsen war das Totengedenken betont pazifistisch ausgerichtet. Der Kriegsherrlichkeit der Wehrverbände trat das sächsische Reichsbanner entschieden entgegen. Ebenso wenig bildete das so genannte „Augusterlebnis“ und in diesem Zusammenhang die Volksgemeinschaft einen positiven Bezugspunkt.³⁸ Ganz im Gegenteil dazu wurde der Klassencharakter der kaiserlichen Armee hervorgehoben.³⁹ Im Gegensatz zu anderen Regionen war es im Freistaat für den republikanischen Kampfbund auch völlig undenkbar, gemeinsame Feiern mit den Kriegervereinen zu veranstalten.

35 Siehe RB-GB, 8.7.1928.

36 Siehe Ziemann, Kriegserinnerung, S.383-389.

37 Siehe Rohe, Reichsbanner, S.245-258; Heinrich-August Winkler: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1988, S.383.; Günther Gerstenberg: Freiheit! Sozialdemokratischer Selbstschutz im München der zwanziger und frühen dreißiger Jahre, Andechs 1997, Bd. 1, S.210f.

38 Siehe zum Beispiel: Volkszeitung für die Oberlausitz, 3.8.1925; Volkszeitung für das Vogtland, 14.7. 1925; Chemnitzer Volksstimme, 14.9.1926; Dresdner Volkszeitung, 30.7.1932; RB-GB, 1.6.1927, 28.10.1928.

39 Besonders deutlich vom Reichsbanner in der Stadt Roßwein in einer Auseinandersetzung mit dem örtlichen Stahlhelm: Siehe RB-GB, 19.12.1931; siehe auch: Benjamin Ziemann: „Gedanken eines Reichsbannermannes auf Grund von Erlebnissen und Erfahrungen“. Politische Kultur, Flaggensymbolik und Kriegserinnerung in Schmalkalden 1926. Dokumentation, in: Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte, 1999, S.201-235, hier S.215 und 218-220.

Außerdem versuchte das Reichsbanner eine demokratische deutsche Geschichtstradition aufzubauen, in deren Mittelpunkt die 1848er Revolution stand. Zur Erinnerung an diese wurden die März-Feiern abgehalten. Aber auch bei den zahlreichen Republikanischen Tagen wurde oft an 1848 erinnert. Robert Blum war als Märtyrer der Revolution eine wichtige Leitfigur für das Reichsbanner.⁴⁰ Als Märtyrer der republikanischen Bewegung wurden auch Erzberger, Rathenau und Ebert verehrt. Während Erzberger im protestantischen Sachsen nicht eine so große Rolle spielte, trat das Gedenken an Rathenau in den späteren Jahren zurück.⁴¹ Im Mittelpunkt der Verehrung stand hingegen der verstorbene Reichspräsident Friedrich Ebert.⁴² Für Sachsen mag das überraschend erscheinen, hatte doch Ebert als Reichspräsident die Reichsexekution gegen die Regierung Zeigner angeordnet. Doch für die Reichsbannermitglieder hatte Ebert bewiesen, dass auch ein einfacher Mann aus dem Volk die Befähigung zu höchsten Staatsämtern hat. Gedenksteine für Ebert wurden beispielsweise in Freital und Meerane sowie in einigen kleineren Orten errichtet.⁴³ Auch wenn manche SPD-Linke diese Ehrungen mit Skepsis sahen, unterstützte normalerweise die örtliche SPD solche Initiativen des Reichsbanners. Das war insbesondere in der Provinz der Fall, wo Richtungsdebatten ohnehin nur eine geringe Rolle spielten. Oftmals stand die SPD bei ihren Versuchen, den verstorbenen Reichspräsidenten zu würdigen, aber in den Gemeindeparlamenten isoliert da.⁴⁴ Nur in der Lausitz, wo neben der DDP noch das Zentrum und die Wendische Volkspartei (die Partei der sorbischen Minderheit) Einfluss hatten, trafen solche Ehrungen außerhalb der sozialdemokratischen Anhängerschaft auf breitere Resonanz.⁴⁵

Das sächsische Reichsbanner in der Endphase der Weimarer Republik

Gestaltete sich das Verhältnis zwischen Reichsbanner und SPD in Sachsen bis 1929 schwierig, so änderte sich dies mit dem Aufstieg der NSDAP beträchtlich.

40 Siehe Rohe, Reichsbanner. S.227-240; Richard Saage: Die gefährdete Republik. Porträt der Zeitung des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, in: Richard Saage (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt a.M. 1986, S.277-301, hier S.279-281.

41 Nach 1926 konnte der Autor keine Anzeichen mehr für Rathenau-Feiern des sächsischen Reichsbanners anlässlich seines Todestages am 24. Juni finden.

42 Siehe dazu auch: David Magnus Mintert: „Sturmtrupp der Deutschen Republik“. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Wuppertal, Wuppertal 2002, S.46-50.

43 Siehe für Freital: Illustrierte Reichsbanner-Zeitung, 13.3.1926, S.162; für Meerane: Ebenda, 21.8.1926, S.532; Chemnitzer Volksstimme, 20.7.1926; weitere Beispiele: Illustrierte Republikanische Zeitung, 23.7.1932, S.468 (Gedenkstein Löbau); Sächsisches Volksblatt, 19.9.1927 (Gedenkstein Werdau); Hauptstaatsarchiv Dresden, Kreishauptmannschaft Dresden, Nr.263, S.32 (Denkmal Conradsdorf).

44 Siehe am Beispiel der Stadt Borna: RB-GB, 1.3.1927, 1.1.1928.

45 Siehe am Beispiel Bautzen: Stadtarchiv Bautzen, Rep. I/V. i., Nr.183, Bl.8-12 und Bl.15.

Zunächst einmal trat Anfang 1929 eine Richtungsänderung im Bezirk Leipzig ein. Die radikale Linkswendung der KPD ließ den Traum von der proletarischen Mehrheit in Sachsen in weite Ferne rücken. Zugleich drängten die bürgerlichen Parteien immer mehr nach rechts. In dieser Situation gelang es dem ohnehin gemäßigten Bezirksvorsitzenden Richard Lipinski eine Mehrheit in den Bezirksinstanzen für einen Kurswechsel zu gewinnen und auf eine Koalition mit der DDP und der DVP hinzuarbeiten.⁴⁶ Der rasante Aufstieg der Nationalsozialisten führte auch zu einem langsamen Umdenken im Bezirk Dresden, während die Bezirke Chemnitz und besonders Zwickau gegen diese Politik opponierten. Ebenso wurde von den Bezirken Leipzig und Dresden mehrheitlich die Tolerierungspolitik gegenüber dem Kabinett Brüning mitgetragen.

Die führenden Funktionäre aller vier sächsischen Bezirke erstrebten seit 1929 und verstärkt seit den September-Wahlen von 1930 die außerparlamentarische Mobilisierung ihrer Anhängerschaft. Dadurch wurde das Reichsbanner wesentlich aufgewertet: „Auch in Sachsen scheint die Zeit vorbei zu sein, wo das Reichsbanner manchmal über die Schulter angesehen wurde. Die nationalsozialistische Gefahr hat allen republikanischen Kreisen die Notwendigkeit der gemeinsamen Abwehr eingehämmert“, bilanzierte der Leipziger Gau im Sommer 1930.⁴⁷ Die drei sozialdemokratischen Bezirke Chemnitz, Dresden und Leipzig setzten auf eine Stärkung des republikanischen Kampfbundes und unterstützten diesen nun massiv. In Zwickau hingegen war das erst seit Herbst 1931 mit der Abspaltung der SAP der Fall. Während das Reichsbanner insgesamt zwischen 1928-1933 seine Mitgliedschaft um fünf Prozent erhöhen konnte, gelang es allen vier sächsischen Gauen im selben Zeitraum ihre Mitgliederzahl mehr als zu verdoppeln.⁴⁸ Für die Jahre 1930/31 kann man in Sachsen von einer zweiten Gründungswelle des Reichsbanners sprechen, das jetzt erst in vielen ländlichen Gebieten Fuß fasste. Der Gau Leipzig warb von Anfang 1930 bis Juli 1931 6000 neue Mitglieder und konnte über 30 neue Ortsgruppen gründen.⁴⁹ 1932 dürfte der Gau etwa 10.000 Mitglieder gehabt haben, während Ostsachsen etwa 25.000 Mitglieder aufwies. Mit dem Mitgliederaufschwung wurde das Reichsbanner nun völlig sozialdemokratisiert, da in erster Linie Parteimitglieder der SPD, Arbeitersportler, Naturfreunde und Angehörige der SAJ eintraten.

Den Aufschwung des Reichsbanners konnte auch nicht die Gründung von SPD-Schutz-Verbänden stoppen, die 1930 im Bezirk Zwickau,⁵⁰ im Bezirk Dresden⁵¹

46 Vogel, Parteibeizirk, S.571-596.

47 RB-GB, 18.7.1930.

48 Bericht des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zur Bundesgeneralversammlung vom 16.-19. Februar 1933, Berlin 1933, S.3.

49 RB-GB, 17.1.1931; Reichsbanner, 18.7.1931.

50 Siehe Volkszeitung für das Vogtland, 2.6.1930.

51 Siehe Monatsbericht Oktober 1930 des sächsischen Innenministeriums, in: Staatsarchiv Bremen, Fasz. 4,65, Bd. 1730, Bl.1074.

und im Unterbezirk Groß-Leipzig⁵² ins Leben gerufen wurden. Das Reichsbanner blieb vor allem in der Provinz gegenüber dem SPD-Schutz dominant. Ernsthaftige Konkurrenz wurde ihm besonders in der Stadt Leipzig gemacht, wo der SPD-Schutz schon bald nach seiner Gründung im Oktober 1930 das Reichsbanner zahlenmäßig übertraf.⁵³ In Leipzig wurde mit den Kampfstaffeln auch ein militanter Verband aus dem SPD-Schutz heraus gegründet, der sich schon frühzeitig auf bewaffnete Kämpfe vorbereitete und nur noch halblegal agierte.⁵⁴ Aber auch das Reichsbanner verhielt sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik keinesfalls nur noch streng legalistisch. Sowohl die Bedrohung der SA als auch die Tatsache, dass es an den führenden Stellen der staatlichen Institutionen immer weniger Republikanhänger gab, ließen 1931/32 die Bemühungen um Bewaffnung und eine adäquate militärische Ausbildung wachsen. So kauften die Gausekretäre von Westsachsen und Chemnitz Waffen an und verteilten diese an verschiedene Ortsgruppen. Die ganze Operation wurde jedoch im Herbst 1932 von der Polizei entdeckt.⁵⁵ Weder hatte das Reichsbanner die finanziellen Mittel noch die Möglichkeit auf organisatorischem Gebiet, größere Waffengeschäfte abzuwickeln, ohne die Aufmerksamkeit der Behörden zu erregen. Trotzdem dürfte die Bewaffnung des Reichsbanners und der SPD-Schutzverbände in Sachsen besser gewesen sein, als die der kommunistischen Wehrorganisationen. Für einen Kampf mit den staatlichen Machtorganen war sie jedoch völlig ungenügend.

52 Siehe Detlef und Evelyn Ziegs: Die Kampfstaffel der Leipziger SPD – Ausdruck sozialdemokratischen Widerstandes in Leipzig gegen die faschistische Gefahr, in: Leipzig aus Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zur Stadtgeschichte 4, Leipzig 1986, S. 180-187.

53 Der SPD-Schutz hatte bis zu 8.000 Mitglieder, das Reichsbanner höchstens 4.000. Siehe zum SPD-Schutz: Bericht der Kreishauptmannschaft Leipzig, 9.11.1930, in: Stadtarchiv Leipzig, Kapitel. 3, Nr. 38, Bd. 2, Bl.21.

54 D. und E. Ziegs, Kampfstaffel, S.183; Vogel, Parteibezirk, S.645f.

55 Berichte des sächsischen Innenministeriums und Meldungen des Wolffschen Telegraphenbüros über den Waffenschmuggel, in: BArch, R 1501/125668k. Bl.300, 302, 306f., 324.